

## Rede von

**Christian Lehrmann**  
Stadtrat  
Fraktionsvorsitzender

### zum Haushalt 2023 in der Sitzung des Stadtrates am 12. Januar 2023

*- Es gilt das gesprochene Wort. -*

## **„Wir wollen 2023 zu einem guten Jahr für Erlangen machen!“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Florian Janik,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Jörg Volleth,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2022 liegt hinter uns. Wir stehen am Beginn des neuen Jahres 2023. Auch dieses Jahr wird vermutlich wieder zahlreiche Herausforderungen für uns bereithalten. Die Corona-Krise ist noch nicht überwunden. Der Überfall von Russland (unter Wladimir Putin) auf die Ukraine hält nach wie vor an. Deutschland erlebt erneut eine große Zunahme an Flüchtlingen, die hier bei uns um Asyl ersuchen. Das stellt gerade uns Kommunen vor enorme Herausforderungen. Stark steigende Energie- und Lebenshaltungskosten belasten nahezu jeden von uns, besonders aber unsere finanzschwächeren Mitmenschen.

Ja! Die Aufgaben sind groß und die Vorzeichen so herausfordernd wie lange nicht. Aber meine Damen und Herren: Ich bin guter Dinge! Wir werden auch das packen und wollen versuchen, das Jahr 2023 zu einem guten Jahr zu machen.

Die Sorgen sind groß. Bei den Menschen zu Hause. Aber auch in den Firmen und Gewerbebetrieben. Die Nachwirkungen von zwei Jahren Corona-Krise treffen auf die Auswirkungen der sich abzeichnenden Energiekrise. Es ist unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik, den Menschen die notwendige Zuversicht zu schenken. Unser Signal muss sein: Wir kommen gemeinsam durch die Krise.

Die eine oder der andere hier im Raum ist ja bekanntlich davon überzeugt: das Geld, das wir hier heute verplanen, erscheint wie von Zauberhand auf dem Konto der Stadt. Tatsache ist, die Finanzmittel die wir investieren, stammen von den Steuerzahlern. Insbesondere die Gewerbetreibenden mit der Gewerbesteuer tragen dazu bei, dass wir als Stadt auch dieses Jahr wieder in viele notwendige Projekte investieren können. Daneben stehen die Grundsteuer und der kommunale Anteil an Einkommen- und Mehrwertsteuer.

An dieser Stelle danke ich den Erlanger Steuerzahlern ausdrücklich. Den Mittelständlern, den Start-ups bis hin zum Weltkonzern sowie allen Arbeitnehmern. Sie alle tragen zur weiteren Entwicklung unserer Stadt und zu unserem Wohlstand bei.

Ich möchte ihnen auch versichern, dass wir ihre Bedürfnisse, Anliegen und Nöte ebenso im Blick behalten. Als Stadt müssen wir die Leistungsträger in unserer Gesellschaft wieder stärker in den Mittelpunkt unserer politischen Entscheidungen stellen.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist sich der besonderen Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Erlangen bewusst. Gerade in den jetzigen so schwierigen Zeiten muss die Kommune ein verlässlicher Partner der Wirtschaft und der Arbeitnehmer sein. Deshalb können wir uns ideologische Neiddebatten nicht mehr leisten.

Wer soziale Politik für die Menschen machen will, muss mehr tun, als stetig wiederholte Forderungen nach mehr Subventionen und Erleichterungen aufzustellen. Soziale Verantwortung beginnt beim Erhalt und Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur. Ebenso der Erhalt der Arbeitsplätze hier vor Ort. Eine gute Sozialpolitik ist deshalb auch immer eine gute Wirtschaftspolitik und umgekehrt.

Und wenn man hier meint, sich nur um monothematisch ausgewählte Themen kümmern zu müssen, dann ist das viel zu kurz gesprungen. Es ist schon etwas komplizierter und der berühmte Blick über den Tellerrand ist dringend vonnöten:

- steigende Betriebskosten (Energie)
- ausufernde Bürokratie
- zwei aufeinanderfolgende und sich überlappende Krisen
- fehlende Fachkräfte

Der Druck auf unsere Wirtschaft ist gewaltig und die damit verbundenen Probleme und Risiken sind enorm. Allein der Fachkräftemangel wird uns in den kommenden Monaten und

Jahren stark beschäftigen. Wir sehen es doch in unserer Stadt: Bäckereien, die aufgrund Personalmangel bereits mittags schließen. Oder Pakete und Briefpost, die nur verspätet zugestellt werden. Sie alle bekommen die Auswirkungen doch selbst mit. Und auch der Stadtverwaltung fällt es zunehmend schwerer, ausreichend Personal zu rekrutieren.

Das Gespenst der „Stagflation“ geht um. Wirtschaftliche Stagnation gepaart mit Inflation. Sie bedrohen nicht nur unser wirtschaftliches Wachstum. Sie erhöht auch das Armutsrisiko in unserem Land. In Erlangen mit rund 11.014 Unternehmen und 115.100 Arbeitsplätzen bei 117.466 Einwohnern ist das ein dringendes Thema.

Mit ähnlich großer Sorge schauen wir auch weiterhin auf die Entwicklung des stationären Einzelhandels. Wie geht es weiter mit unseren großen Einkaufshäusern? Mit unserer Innenstadt? Ein Thema der kommenden Monate und Jahre. Die Steigerung der Aufenthaltsqualität ist dazu ein ebenso wichtiger Baustein wie die Frage der Erreichbarkeit und Attraktivität unserer Gewerberäume.

Verzeihen sie mir, wenn ich das so deutlich sage. Das Thema Wirtschaft ist ein Thema, um das manch einer hier im Stadtrat gerne einen großen Bogen macht. Als würde es nicht existieren. Der Klimaschutz ist unbestritten ein wichtiges und bestimmendes Thema unserer Zeit. Aber links und rechts vom Klimaschutz gibt es noch andere Notwendigkeiten. Der Erhalt des Wirtschaftsstandortes Erlangen ist so eine Notwendigkeit.

Und ich sage es ganz deutlich und unmissverständlich:

Ohne die Wirtschaft gibt es keinen Klimaschutz. Das Gewerbe und die Bürgerinnen und Bürger versetzen uns überhaupt erst mit ihren Steuerzahlungen in die Lage, in mehr Klimaschutz zu investieren. Getreu dem Motto, nicht am Ast zu sägen, auf dem man sitzt, dürfen wir nicht gerade diejenigen schwächen, die uns überhaupt erst handlungsfähig machen. Wir haben in dieser Legislaturperiode einen sehr starken Fokus auf Klimapolitik gelegt. Es ist aber – wie ich ihnen eben zu veranschaulichen versucht habe – dringend notwendig, jetzt einen ebenso starken Fokus auf die Wirtschaftspolitik zu setzen.

Womit wir beim Thema Klimaschutz und Klima-Aufbruch sind. Keine Rathausmehrheit vor dieser hat mehr Ressourcen in den Bereich Umwelt- und Klimaschutz gesteckt. Allein im Bereich des Personals schlägt das mit 1,3 Millionen Euro zu Buche. Das ist auch notwendig, um ein ganzes Stück voran zu kommen bei diesem wichtigen Thema.

Wir bringen einen bemerkenswerten Maßnahmenkatalog auf den Weg, der in anderen Städten seines Gleichen sucht. Ein Paket, mit dem wir in den Bereichen, in denen wir als Kommune verantwortlich zeichnen, wirksamen Klimaschutz umsetzen. Anders als von vielen hier gefordert, laden wir die Verantwortung für den Klimaschutz im Schwerpunkt nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ab. Auch nicht einseitig bei den Gewerbetreibenden.

Wir übernehmen Verantwortung und beginnen bei uns selbst.

Sanierung von städtischen Gebäuden (1 Mio. Euro).

Umrüstung von Straßenbeleuchtung (1,4 Mio. Euro).

Mehr Grün in der Stadt, Entsiegelungen (940.000 Euro).

Um einige Beispiele aus diesem Haushalt zu nennen.

Das, meine Damen und Herren, ist verantwortungsvolle Klimapolitik. Eine Politik, die den Menschen mitnimmt, ohne ihn zu überfordern oder zu übervorteilen.

Ich hatte kürzlich ein ausführliches Gespräch mit dem Geschäftsführer eines Familienbetriebes hier aus Erlangen. Ein materialverarbeitendes Gewerbe mit energieintensiver Produktion.

Der Geschäftsführer hat eindrücklich berichtet, wie er seinen Energieverbrauch um gut die Hälfte reduzieren konnte. Dazu musste ihn niemand groß auffordern.

Das ist nur ein Beispiel hier aus unserer Stadt. Auch andere haben sich bei uns gemeldet mit ähnlichen erfolgreichen Bemühungen um mehr Energieeffizienz. Es gibt zahlreiche Beispiele für Investitionen in mehr Klimaschutz bei unseren Gewerbetreibenden hier vor Ort. Nebenbei bemerkt: viel durch technische Innovationen. Mit nahezu allen von ihnen hat seitens der Stadt oder des von uns zum Klimaaufbruch beauftragten Instituts mit Ausnahme von Konrad Beugel niemand gesprochen. Ansprechpartner scheint hier einzig und allein unser Wirtschaftsreferent zu sein. Sie alle sind wichtiger Partner auf unserem Weg zu einem klimaneutralen Erlangen. Sie müssen wir stärker einbinden.

Stattdessen – da bin ich mir ziemlich sicher, ohne seherische Fähigkeiten zu besitzen – werden einige meiner Nachredner mehr Geld und mehr Personal fordern. Vorwiegend, um eigene Wunschprojekte voranzutreiben.

Die eigene Vorstellung vom Umbau der Gesellschaft ist nicht Ziel und Zweck des Klimaschutzes.

Vieles von dem, was hier gefordert wird, entspringt eigenen ideologischen Träumen. Vieles ist aber aus gesellschaftlicher Sicht schlicht nicht tragfähig und schon gar nicht umsetzbar. Vielleicht täte es der einen oder anderen Stadträtin und dem einen oder anderen Stadtrat auch mal gut, sich mit der Lebensrealität der Menschen zu beschäftigen, für die wir hier Entscheidungen treffen. Die Debatte um die Universitätsstraße im vergangenen Jahr ist einer dieser Vorgänge, die als trauriger Beleg dafür dienen kann. Wenn wir es nicht mehr schaffen, die Politik vom Menschen her zu denken, ist es keine gute Politik. Auch nicht beim Klimaschutz.

Bitte verabschieden sie sich von der Überzeugung, dass nur der Klimaschutz, den sie für gut befunden haben, auch guter Klimaschutz ist und alles andere wenig wert. Die Menschen in unserer Stadt, ebenso wie die Firmen, sind da wesentlich weiter. So lange sie den

Klimaschutz nur zur eigenen Profilierung nutzen und als Thema, um einen Spaltpilz in die Gesellschaft zu treiben, so lange kommen wir bei diesem Thema nicht weiter.

Wir erleben Menschen, die sich auf Straßen kleben. Oder wie gestern erlebt – in Lützerath – Molotow-Cocktails auf Polizeibeamte werfen und ein Kohlerevier in einen Kriegsschauplatz verwandeln. Das alles hat nichts mit Klimaschutz zu tun. Wenn Menschen beginnen, aus der Überzeugung der eigenen moralischen Überlegenheit heraus, sich über den Rechtsstaat zu stellen – dann sind das besorgniserregende Entwicklungen.

Ich habe insgesamt den Eindruck, dass für manche der Streit um einen guten Klimaschutz eigentlich viel mehr Gesellschafts- und Kultur-Kampf ist. Wenn eine Bundestagsabgeordnete von den Grünen bei Lagerfeueratmosphäre Barrikaden und Abwehreinrichtungen der Demonstranten romantisiert, ist das bedenklich. Wer Barrikaden errichtet, Lager mit Wurfgeschossen anlegt und Sperrvorrichtungen einbetoniert, möchte nicht friedlich demonstrieren. Wer das macht, will kämpfen. Wenn dieselbe Bundestagsabgeordnete sich zwischen Steinewerfern bewegt und sich gemeinsam mit ihnen in einer Wohnung in Lützerath verschanzt, dann heißt sie die Gewalt gut, die dort passiert. Wer sich nicht klar von gewaltbereiten Chaoten distanziert, stattdessen mit ihnen marschiert und lieber die Polizei kritisiert, der ist Teil des Problems. Das führt zur gesellschaftlichen Spaltung und einer Welle der Gewalt. Das führt aber keinesfalls zu mehr Klimaschutz. Wenn die grüne Bundestagsfraktion Einsatz zeigen würde, für mehr Geld für die Kommunen, wäre dem Klima mehr geholfen, als durch den gemeinsamen Straßenkampf mit steinewerfenden Chaoten.

Die Kritik richtet sich dabei ausdrücklich nicht an friedliche Demonstranten, die sich an Recht und Gesetz halten.

Für meine CSU-Stadtratsfraktion und unseren Kooperationspartner SPD kann ich sagen, dass wir in ausführlichen Beratungen einen guten und machbaren Plan für mehr Klimaschutz auf den Weg gebracht haben, den wir auch weiter verfolgen werden.

Mit diesem Haushalt setzen wir das Machbare und Leistbare um. Wir gehen aber auch an die Grenze des finanziell darstellbaren und teilweise auch darüber hinaus. Bei den Planungen und Beratungen waren und sind wir nach allen Seiten für den Austausch offen und auch zukünftig jederzeit ansprechbar.

Nur, und das will ich auch deutlich machen: Ein solcher Austausch will konstruktiv und kompromissgetragen sein. Hier im Saal gibt es Strömungen, die haben sich von Kompromissbereitschaft und konstruktivem Austausch längst verabschiedet. Wenn Sie, Herr Hornschild, eine Jahresabschlussrede für den Gesamtstadtrat halten sollen, stattdessen aber eine Schmäherede gespickt mit unverschämten Anfeindungen und dreisten Unwahrheiten halten, dann ist das ein Beispiel dafür, wie konstruktiver Austausch für eine gute Lösung nicht funktioniert. Aber Ihnen geht es schon lange nicht mehr um einen funktionierenden Klimaschutz. Ihnen geht es um die eigene politische Profilierung.

Nur: Profilsucht rettet kein Klima.

Am Ende kann guter Klimaschutz gelingen. Aber nur miteinander. Nur im konstruktiven und kompromissbereiten Austausch. Und auf keinem Fall im Straßen- oder Grabenkampf.

Den Erlangerinnen und Erlangern möchte ich versichern: Wir führen die Anstrengungen zum Klimaschutz fort. Wir werden sie, wie auch die Betriebe und Einrichtungen in Erlangen, mitnehmen auf diesem Weg. Unser Ziel ist es, dass jeder diesen Weg mitgehen können.

Wir wollen in Erlangen eine ganzheitliche Entwicklung der Stadt. Weg vom Klein-Klein der vergangenen Jahre soll die weitere Entwicklung unserer Kommune in allen Themenfeldern (wie z.B. Bauen, Gewerbe, Landwirtschaft) besser geplant werden. Dabei ist auch die Gesamtbetrachtung des ganzen Stadtgebiets wichtig und nicht nur die Planung in einzelnen Stadtteilen. Deshalb fordert die CSU seit Jahren einen „Masterplan Erlangen“. Mit dem Haushalt 2023 werden im Planungsreferat die notwendigen Stellen geschaffen, um mit dem Masterplan einen großen Schritt weiterzukommen.

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen verändern unsere Stadt stetig - demografischer Wandel, Veränderungen der Arbeitswelt wie Homeoffice oder die Digitalisierung. Auf all das müssen wir uns bei zukünftigen Planungen noch mehr einstellen.

Gerade in einem rohstoffarmen Land wie unserem ist die Bildung der Treibstoff für die Gesellschaft. Entsprechend wichtig ist uns auch die Ausstattung unserer Schulen. Wir haben deshalb eine Stelle gefordert, die das Schulsanierungsprogramm absichert. Das ist zeitgleich eine Investition in mehr klimafreundliche Gebäude. Manch ein Schulhaus ist nämlich nicht nur in einem optisch unzureichenden Zustand, auch die Klimabilanz vieler Schulgebäude lässt stark zu wünschen übrig. Das Gymnasium Fridericianum ist dabei ein besonders auffälliges Beispiel, wie dringend notwendig ein weiteres Vorankommen bei der Sanierung unserer Schulen ist. Über die Notwendigkeit, mehr zu tun, als nur den Funktionstrakt bei Fridericianum zu sanieren, besteht hier im Stadtrat weitgehend Einigkeit. Darum werden wir uns kümmern.

Bei den Investitionen bewegen wir uns nach wie vor auf einem hohen Niveau. In diesem Jahr rund 76,6 Mio. Euro. Wir verdanken dieses hohe Niveau den Steuerzahlern in unserer Stadt. Insbesondere ohne die hohen Gewerbesteuererinnahmen von 180 Mio. Euro wären die Investitionen nicht möglich. Und dennoch, unsere freie Finanzspanne schrumpft zusammen. Ab 2024 bewegt sie sich in den negativen Bereich. Dabei binden uns gerade auch viele Projekte aus Zeiten der Ampel-Stadtregerung finanziell stark.

So mussten wir in diesem Jahr bei den Investitionen neu begonnene Projekte schon mit Bedacht wählen. Fraglich waren beispielsweise das Bürgerhaus Eltersdorf mit Feuerwehrhaus und das Feuerwehrhaus in Dechsendorf. Beide Einrichtungen sind wichtige Einrichtungen der städtischen Infrastruktur. Insbesondere der örtlichen Sicherheits-Infrastruktur. Beide Bauprojekte waren deshalb für uns unverzichtbar. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner – dem ich an dieser Stelle für den konstruktiven Austausch danken möchte – ist es gelungen, beide Einrichtungen auf den Weg zu bringen. Besonders

erfreulich ist, dass mit dem Feuerwehrhaus Dechsendorf aus dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes heraus ein Musterbauwerk entstehen wird. Mit diesem Bauprojekt setzen wir erstmals innovativen Klimaschutz auf höchstem Niveau im Gebäudesektor um. Wir nehmen hier bewusst sehr viel mehr Geld in die Hand, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Ja, die Einnahmensituation ist gut. Aber unsere Ausgabenseite ist auch üppig. Selbst bei gleichbleibender Einnahmenseite laufen wir auf Einschränkungen bei den Investitionen zu. Meine Damen und Herren, wir werden zukünftig stärker auf die Bremse treten müssen, bis hin zu notwendigen Einsparungen. Das erscheint augenblicklich unvermeidbar und wird sich zusehends verschlechtern, sollte sich die Wirtschaftslage abkühlen.

Eine Kreditaufnahme ist leider erforderlich, das steht bereits fest. Ich zitiere aus der Vorlage:

*„Der in der Übersicht „Liquidität (...)“ ausgewiesene verbleibende Liquiditätsüberschuss von 39,232 Mio. € reicht nicht aus, um den Finanzmittelfehlbetrag in der mittelfristigen Finanzplanung von ca. 173,836 Mio. € zu decken.“*

Mit diesem Haushalt erreichen wir also eine Grenze. Das bedeutet, zukünftig müssen wir von stärkeren Einschränkungen beim Finanz- und Personalhaushalt ausgehen.

Auch das Personal erreicht mit 3,7 Mio. Euro einen Höchststand. Mit 1,3 Mio. Euro schlägt sich hier das Engagement dieser Rathausmehrheit für den Klimaschutz nieder. Allein zwei Kindertageseinrichtungen lösen ein Personalvolumen von 500.000 Euro aus. Damit können für 121 Kinder Plätze in Krippe und Kindergarten zur Verfügung gestellt werden. Der zunehmende Bedarf an Betreuungsplätzen wird auch zukünftig mehr Personalkosten auslösen.

Viele weitere Faktoren spielen ebenso in die Personalkostensteigerungen hinein. Eine große Zahl an Überlastungsanzeigen belegt die hohe Arbeitsbelastung innerhalb der Stadtverwaltung. Hier sind wir in der Pflicht, Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus werden allein fünf Stellen, oder in Summe 280.000 Euro, nur durch Gesetzesänderungen in Bund und Land notwendig. Als Beispiel seien hier die Stellen für die Berechnung und Auszahlung des Wohngeldes genannt. Wobei wir mit 2 Stellen weniger schaffen, als eigentlich notwendig wäre.

Gerne hätten wir im Bereich der Personalkosten stärker auf die Bremse gedrückt. Den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber sind wir allerdings verpflichtet. Ein Verzicht auf Stellen hätte entsprechend auch einen Verzicht auf zu erledigende Arbeiten und Maßnahmen bedeutet. Klar ist aber auch, diese Entwicklung im Bereich der Personalkosten kann in dieser Höhe nicht fortgeführt werden. In den kommenden Jahren werden wir um eine Aufgabenkritik und eine restriktivere Personalpolitik nicht herumkommen.

Ich bin mir der Kritik an diesem Haushalt durchaus bewusst. Die einen werden rufen, wir stellen nicht genügend Geld zur Verfügung. Wieder andere werden sagen, der Haushalt ist zu aufgebläht.

Sie fordern mehr Ausgaben beim Personal oder bei den Investitionen? Dann sagen Sie bitte, wo das Geld dafür herkommen soll? Oder welche Ausgabenposten Sie verschieben möchten?

Und auch wenn Ihnen der Haushalt zu umfangreich und im Volumen zu groß ist:

Auf welche Stellen soll verzichtet werden?

Welche Investitionen möchten Sie verschieben oder streichen?

Im Übrigen: Beschlüsse, die mehr Personal auslösen oder Kosten verursachen, wurden sehr häufig im vergangenen Jahr von einer breiten politischen Basis getroffen.

Bedenken Sie das bitte, wenn Sie in Ihrer Rede später Einsparungen vorschlagen. Vielleicht haben Sie ja dem Kosten verursachenden Beschluss zugestimmt.

Abschließend darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen bedanken.

Herzlichen Dank an Herrn Dees und unseren Kooperationspartner SPD für die fairen und von Anerkennung geprägten Beratungen. An dieser Stelle möchte ich hervorheben, dass wir auch in diesem Jahr wieder dem Vorsatz gefolgt sind, alle Haushaltsanträge zu begutachten und entsprechend zu berücksichtigen, unabhängig davon, welche Partei sie gestellt hat.

Ich danke den Erlanger Nachrichten für die Berichterstattung.

Danken möchte ich am Ende meiner Rede der Verwaltung, die wie immer alle Unterlagen pünktlich und gut aufbereitet zur Verfügung gestellt hat, insbesondere beim Amtsleiter der Stadtkämmerei, Herrn Wolfgang Knitl, und seinem Team.

Herrn Knitl, der erkrankt ist und deshalb heute nicht hier sein kann, sende ich die besten Wünsche und Grüße meiner Fraktion. Erholen Sie sich gut, werden sie schnell und nachhaltig wieder gesund.

Unser Dank gilt natürlich auch unserem Wirtschafts- und Finanzreferenten Konrad Beugel und Rechts-, Personal- und Digitalisierungsreferent Thomas Ternes sowie Herrn Marco Wein für die Betreuung bei den Abstimmungen zum Stellenplan.



Ich danke dem Personalrat der Stadt für die gute und offene Zusammenarbeit. Dank gebührt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der städtischen Töchter, die für unsere Rückfragen stets zur Verfügung stehen.

Dieser Haushalt zeigt Verantwortungsbewusstsein und den klaren Willen dieser Kooperation, Erlangen in ein gutes Jahr 2023 zu führen. Mit diesem Haushalt werden wir den Ansprüchen an einen guten kommunalen Klimaschutz gerecht. Wir sichern aber auch Leistungen und Aufgaben der Stadt für die Bürgerinnen und Bürger. So dass „in Erlangen wohnen“ heißt „gut und sicher zu wohnen“.

Für dieses Jahr werden wir uns selbst eine zurückhaltende Beschlussfassung bei Beschlüssen mit Relevanz für den Haushalt auferlegen müssen. Wir werden die Lebensrealität unserer Bürger und die Entwicklungen in der Welt und innerhalb der Stadtgesellschaft genau im Auge behalten müssen. Dem Thema des Wirtschaftsstandortes Erlangen müssen wir ein größeres Augenmerk widmen. Heute stellen wir die ersten Weichen dafür.

*Die CSU-Stadtratsfraktion wird daher dem Haushalt 2023, dem Stellenplan und den Arbeitsprogrammen der Fachämter in den jetzt folgenden Abstimmungen ohne weitere Änderungen zustimmen.*

Vielen Dank.

Christian Lehrmann  
Stadtrat  
Vorsitzender  
CSU-Stadtratsfraktion Erlangen

12. Januar 2023

./.